



Remseck am Neckar
Große Kreisstadt

Sitzungsvorlage Nr.

/2009

öffentlich (ö)

nichtöffentlich (nö)

GZ.:

Datum:

2. November 2009

Vorgang:

zur Behandlung im

Gremium	Sitzung am	Information	Vorberatung	Beschlussfassung	Bemerkung
Ausschuss für Umwelt und Technik	10.11.2009		x		
Verwaltungsausschuss					
Betriebsausschuss					
Ausschuss für Jugend und Soziales					
Wohnungsausschuss					
Gemeinderat	17.11.2009			x	

Beratungsgegenstand:

Gemeinsamer Antrag der Gemeinderatsfraktionen über die Betroffenheit der Stadt Remseck am Neckar von einem eventuellen LKW-Durchfahrts-verbot in Stuttgart

Beschlussvorschlag:

Beschluß gemäß Antrag der Gemeinderatsfraktionen vom 13. Oktober 2009

Angaben zur Finanzierung (bei ausgabewirksamen Beschlüssen)

Mittel stehen im Haushaltsplan unter HHSt:

zur Verfügung.

Beschluss führt bei HHSt:

zu über-/außerplanmäßiger Ausgabe.


Karl-Heinz Balzer
Erster Bürgermeister

Sachdarstellung / Begründung:

Unter dem Datum vom 13. Oktober 2009 stellten alle Gemeinderatsfraktionen einen gemeinsamen Antrag, um Anhaltspunkte über die Konsequenzen eines etwaigen LKW-Durchfahrtsverbotes durch die Landeshauptstadt Stuttgart zu erhalten (Anlage).

So sollen die Stadt Stuttgart und das Regierungspräsidium Stuttgart aufgefordert werden, kurzfristig Auskunft über die möglichen Auswirkungen eines LKW-Durchfahrtsverbotes in Stuttgart auf den Verkehr in Remseck am Neckar zu geben.

Außerdem solle geprüft werden, welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen der Stadt Remseck am Neckar gegen einen eventuellen LKW-Ausweichverkehr über Remseck zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, beim Regierungspräsidium Stuttgart und/oder der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) zu beantragen, dass spätestens ab 1. Januar 2010 im Bereich der Remstalstraße in Neckarrems und in der Hauptstraße in Hochberg je eine Schadstoffmessstation und gleichzeitig an den beiden Stellen zusätzlich Lärm-Messstationen aufgestellt werden.

Die Verwaltung schließt sich diesem Antrag vollinhaltlich an und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Anlage

Remseck, den

13.10.2009

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Gemeinderat der Stadt Remseck am Neckar

Betroffenheit der Stadt Remseck am Neckar von einem eventuellen Lkw-Durchfahrverbot in Stuttgart

Wir beantragen, folgenden Gemeinderatsbeschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- von der Stadt Stuttgart und/oder dem Regierungspräsidium kurzfristig Auskunft über die möglichen Auswirkungen eines Lkw-Durchfahrverbotes in Stuttgart auf den Verkehr in Remseck am Neckar zu erbitten,
- zu prüfen, welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen uns gegen einen eventuellen Lkw-Ausweichverkehr über Remseck zur Verfügung stehen,
- beim Regierungspräsidium und/oder der LUBW zu beantragen, spätestens ab 01.01.2010 im Bereich der Remstalstraße in Neckarrems und in der Hauptstraße in Hochberg je eine Schadstoff-Messstation aufzustellen und
- außerdem zu beantragen, spätestens ab 01.01.2010 an den beiden vorgenannten Stellen zusätzlich Lärm-Messstationen aufzustellen.

Begründung

Der Presse ist zu entnehmen, dass die Stadt Stuttgart plant, eventuell schon zum 01.01.2010 wieder ein Durchfahrverbot für Lkw mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen einzuführen; ausgenommen soll dabei nur die B 10 werden.

Anlass für diese Planungen ist ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Stuttgart vom 19.08.2009, das einem klagenden Bürger Recht gegeben hat in der Beurteilung, dass der bisherige Luftreinhalteplan mit Plakettenpflicht für alle Autos versagt habe. Beklagt war das Regierungspräsidium Stuttgart (RP). Offenbar hegt deshalb das RP Sympathien für die Stuttgarter Absichten eines Durchfahrverbotes für Lkw.

Wir befürchten, dass ein Lkw-Durchfahrverbot in Stuttgart eine erhebliche Mehrbelastung für Remseck durch zunehmenden Lkw-Verkehr nach sich zieht und sehen uns deshalb in der Pflicht, zum Schutze der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv zu werden. Es kann nicht sein, dass für die Bevölkerung in benachbarten Städten unterschiedliche Regeln gelten, was die Belastung mit Schadstoffen und Lärm angeht.

Besonders wichtig ist uns, dass zur Erhebung objektiver Belastungsdaten von der Landesanstalt für Umwelt und Messungen Baden-Württemberg (LUBW) an geeigneter Stelle im Bereich der Kreuzung der Remstalstraße mit der Fellbacher Straße sowie in der Hauptstraße in Hochberg je eine Messstation zur Ermittlung der Schadstoffbelastung betrieben wird.

Da Stuttgart sein geplantes LKW-Durchfahrverbot gerade auch mit Lärmreduzierung begründet und verbindet und damit auch den Lärm in die Nachbarkommunen zu verlagern droht, soll zusätzlich je eine Lärm-Messstation installiert werden.

gez. Dr. Frank Knödler für die CDU-Fraktion

gez. Gerhard Waldbauer für die Freie Wähler-Fraktion

gez. Gustav Bohnert für die FDP-Fraktion

gez. Dr. Karl Burgmaier für die Fraktion Bündnis 90/Grüne

gez. Heinz Layher für die SPD-Fraktion